

zirke insgesamt 6 364 Eingaben registriert. Die Prüfung von etwa 1 000 Eingaben beim Magistrat und beim Rat des Stadtbezirks Prenzlauer Berg ergab, daß der Anteil der zivilrechtlich bedeutsamen Eingaben zwischen 11,7 und 30,5% lag.

Wird lediglich ein Anteil von 15% zugrunde gelegt, so beträgt die Gesamtzahl der zivilrechtlich bedeutsamen Eingaben zu Kauf- und Dienstleistungskonflikten annähernd 1 000. Dabei ist natürlich zu beachten, daß die örtlichen Organe der Staatsmacht keineswegs die einzigen Einrichtungen sind, die sich mit den für die Gestaltung der Versorgungsverhältnisse bedeutsamen Eingaben befassen. So leisten z. B. auch die Arbeiter- und Bauern-Inspektoren auf diesem Gebiet eine große Arbeit.

Die Analyse des Untersuchungsmaterials hat gezeigt, daß die Eingabenbearbeitung durch die verschiedenen Organe und Einrichtungen prinzipiell dazu geeignet ist, daß Zivilrechtskonflikte im Kauf- und Dienstleistungsbereich gesellschaftlich befriedigend überwunden werden können. Dabei geht es nicht um eine Entscheidung des Konflikts durch die angerufenen Organe und Einrichtungen selbst, sondern um die Vermittlung einer raschen und imbürokratischen Lösung des Konflikts, indem auf die Versorgungsbetriebe mit entsprechenden Hinweisen und Empfehlungen eingewirkt und darüber hinaus kontrolliert wird, ob diese Hinweise beachtet wurden. Die Rolle, die einerseits die sozialistische Gesetzlichkeit bei der Herbeiführung gesellschaftsgemäßer Verhaltensweisen und andererseits die Eingabenbearbeitung bei der Durchsetzung der sozialistischen Gesetzlichkeit spielen, ist den verschiedenen Einrichtungen jedoch weitgehend noch nicht bewußt.

Eingaben werden in nahezu allen Fällen auf zwei Wegen bearbeitet:

- Die Eingaben werden an die kritisierten Versorgungsbetriebe mit der Bitte um Nachricht über die Erledigung weitergeleitet. In diesen Fällen wirken die angerufenen Organe oder Einrichtungen bei der weiteren Klärung des Konflikts nicht mit.
- Die angerufenen Organe oder Einrichtungen werden operativ tätig. Hierbei werden die Konflikte meist an Ort und Stelle unter Mitwirkung aller Beteiligten und unter Vermittlung der Organe oder Einrichtungen beseitigt.

Der zweite Weg ist allerdings noch die Ausnahme.

Werden Eingaben weitergeleitet, so geschieht das in der Regel ohne Kommentar zum Konflikt selbst. Nur wenn subjektive Rechte der Bürger durch Versorgungsbetriebe kraß beschnitten worden sind, werden allgemeine kritische Hinweise gegeben. Darüber hinausgehende gründliche gesellschaftliche Würdigungen der Konflikte und damit verbundene Hinweise oder Empfehlungen zur Lösung des Konflikts an die Versorgungsbetriebe bzw. Rechtsaufklärungen an die Bürger unterbleiben dagegen. Deshalb werden die Konflikte keineswegs immer nach der gegebenen Rechtslage beigelegt. Das Ziel der Bearbeitung der Eingaben muß es aber sein, mit gesellschaftlich minimalstem Aufwand eine den zivilrechtlichen Bestimmungen entsprechende Lösung des Konflikts zu erreichen und weiteren gleichartigen Störungen vorzubeugen.

Dieses Ziel wurde in einem erheblichen Teil der untersuchten Vorgänge nicht erreicht. Dies äußerte sich darin, daß den Bürgern zustehende Ansprüche streitig gemacht wurden, ihnen nicht zustehende Ansprüche zubilligt und in einer großen Zahl von Fällen die gegebenen rechtlichen Möglichkeiten nicht voll ausgeschöpft wurden. So wird zwar der zur Eingabe führende Konflikt im wesentlichen gelöst, darüber

## Professor Dr. Hilde Benjamin zum 70. Geburtstag

Hilde Benjamin, die bereits in jungen Jahren Mitglied der KPD und zur Kämpferin für die Sache des Proletariats geworden war, bewährte sich in der Auseinandersetzung mit Imperialismus und Faschismus und wurde 1945 zur Aktivistin der ersten Stunde. Die Partei der Arbeiterklasse vertraute ihr in der Folgezeit Funktionen mit ständig wachsender Verantwortung an. Der V. Parteitag der SED wählte sie in das Zentralkomitee der Partei, dem sie seither angehört.

Hohe Verantwortung trug Hilde Benjamin für die sozialistische Rechtspflege und ihre Kader: als Verantwortliche der damaligen zentralen Justizverwaltung für die Volksrichter, als Vizepräsident des Obersten Gerichts und als Minister der Justiz. Ihre bedeutenden Leistungen in der Erfüllung dieser Aufgaben fanden verdiente Anerkennung.

Hilde Benjamin verband ihre Arbeit stets mit dem Bemühen um theoretische Fundierung. So ist ihr Schaffen von einem ständig tiefer werdenden Eindringen in den Marxismus-Leninismus gekennzeichnet und von dem Bestreben, die großen Erfahrungen der Sowjetwissenschaft und -praxis immer besser für die demokratische Neugestaltung und den sozialistischen Aufbau in der DDR zu nutzen. Stets ging sie dabei von der Einheit von Theorie und Praxis aus. Das gibt ihrer Arbeit auch in der Gegenwart das Gepräge.

Im Jahre 1968 übernahm Hilde Benjamin einen Lehrstuhl zur „Geschichte der Rechtspflege“. Ihre Forschungen, insbesondere zur Herausbildung und Gestaltung des sozialistischen Rechts und der Rechtspflege der DDR, führten bereits zu einer Reihe von Publikationen, in denen das Anliegen deutlich wird, daß die geschichtlichen Erfahrungen zur sozialistischen Erziehung der Rechtspflegeskader in der Gegenwart beitragen mögen.

Eng war und ist das Schaffen Hilde Benjamins mit der „Neuen Justiz“ verbunden. Nicht wenige ihrer vielen Arbeiten zur Gestaltung einer demokratischen und sozialistischen Rechtspflege und Rechtsordnung, zu Fragen der Leitung der Rechtsprechung, zur Gerichtsverfassung und zu Fragen des Familien- und Strafrechts erschienen in dieser Zeitschrift. Viele Jahre stand sie der Redaktion mit Rat und Tat zur Seite. Die „Neue Justiz“ ermöglichte Hilde Benjamin zugleich, Gedanken und Empfehlungen darzulegen, wie die Beschlüsse der Partei in den konkreten Aufgaben der Rechtspflegeorgane durchzusetzen sind.

In ihrem gesamten Leben und Wirken gab und gibt Hilde Benjamin das Beispiel eines sozialistischen Leiters und Wissenschaftlers. Sie hat, stets eng mit der Arbeiterklasse und ihrer Partei verbunden, ihre ganze Kraft für die Entwicklung und Vervollkommnung der sozialistischen Rechtspflege und Rechtswissenschaft und für die Erziehung ihrer Kader eingesetzt.

Fest verbunden ist Hilde Benjamin mit den sozialistischen Betrieben und ihren Werktätigen. Oft weilt sie bei ihren Patenbrigaden, ihnen ratend und von ihnen Kraft für ihre wissenschaftliche Arbeit erhaltend. Nicht wenige Bürger tragen ihr auch heute noch ihre Sorgen und Wünsche vor. Jeder Eingabe geht sie sorgsam nach und ist bemüht, Anregungen zu wirklichen und notwendige Veränderungen durchzusetzen.

Dank, Anerkennung und Ehrungen erreichen Hilde Benjamin zu ihrem 70. Geburtstag. Die Redaktion der „Neuen Justiz“ dankt ihr für ihren Rat und ihre ständige Mitarbeit, die sich über Jahrzehnte erstreckte.

Wir gratulieren Genossin Hilde Benjamin zu ihrem 70. Geburtstag auf das herzlichste. Wir wünschen ihr Gesundheit und Schaffenskraft und weitere Erfolge in ihrem vielfältigen Wirken zum Wohle der DDR. Wir wünschen ihr Freude in ihrer wissenschaftlichen Arbeit und alles Gute im persönlichen Leben.